

**D4NEU** Der Bundesverband Campusgrün - grün-alternativer Hochschulgruppen lehnt den Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP ab.

Gremium: CampusGrün Hamburg + Grüne Hochschulgruppe Frankfurt am Main  
Beschlussdatum: 03.12.2021  
Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Als Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen können wir es nicht  
2 unkommentiert billigen, wenn der gemeinsame Koalitionsvertrag von Bündnis 90/DIE  
3 GRÜNEN, SPD und FDP das faktische Aufgeben des 1,5°-Ziels [0],  
4 Exzellenzuniversitäten, Rückführungsoffensiven, atomare Teilhabe,  
5 Schuldenbremse, HartzIV, eine Absage an notwendige Umverteilung und absolute  
6 Ignoranz in der Mietenfrage beinhaltet. Deshalb lehnen wir den Koalitionsvertrag  
7 ab.

8 Entgegen der in der Öffentlichkeitsarbeit von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der  
9 veröffentlichten Meinung herrschenden Deutung der Wahlergebnisse (bzw.  
10 insbesondere des zwischenzeitlichen grünen Umfragehochs) wissen wir: Die  
11 Zustimmung zu den GRÜNEN hat wenig mit den politischen Schaukämpfen der  
12 Parteiliten zu tun, sondern ist der in den letzten Jahren starken  
13 Ökologiebewegung (v.a. FFF und den Waldbesetzungskämpfen) zu verdanken. Und  
14 auch, wenn die GRÜNEN schon längst keine Partei mehr mit Verwurzelung in den  
15 sozialen Bewegungen sind, wäre es absolut notwendig gewesen, diesen  
16 gesellschaftlichen Druck parlamentarisch abzusichern. Einer stärkeren  
17 Priorisierung der ökologischen Frage standen auch die möglichen  
18 Spitzenkandidat\*innen im Weg: Eine Außenpolitikerin und ein liberaler Philosoph  
19 sind leider keine besonders authentischen Protagonist\*innen in einem  
20 Klimawahlkampf. Ironischerweise hat damit gerade der Kanzler\*innenamtswahlkampf  
21 die Möglichkeiten auf das Kanzler\*innenamt verbaut. Aber auch im Anschluss wäre  
22 wenigstens noch Schadensbegrenzung möglich gewesen: Die GRÜNEN hätten - anstatt  
23 mit SPD und FDP auf Kuschelkurs zu gehen - frühzeitig klarmachen müssen, dass  
24 eine Koalition, die das 1,5°-Ziel nicht halten kann, ausgeschlossen ist.

25 Diese taktischen Fehler rächen sich jetzt:  
26 Im Koalitionspapier wird ausdrücklich vermieden, der Klimakrise den Kampf  
27 anzusagen. So ist "idealerweise" (also: nicht verpflichtend) ein Kohleausstieg  
28 bis 2030 geplant, gleichzeitig soll die schädliche Erdgasinfrastruktur ausgebaut  
29 werden. Des Weiteren ist kein Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030  
30 vorgesehen, kein Ende klimaschädlicher Milliardensubventionen, kein Tempolimit -  
31 und eine angestrebte Klimaneutralität ab 2045 ist viel zu spät. Hinzu kommt,  
32 dass selbst die wenigen Ziele mit dem Festhalten an der Schuldenbremse nur  
33 schwer verwirklicht werden können. Vor diesem Hintergrund stimmen wir Fridays  
34 For Future zu, wenn sie sagen: »Mit ihren vorgelegten Maßnahmen entscheiden sich  
35 die drei Parteien bewusst für eine weitere Eskalation der Klimakrise« (Spiegel).  
36 Auch in unserem Grundsatzprogramm stellen wir uns gegen jenes "Propagieren einer  
37 sog. green economy" als Stütze der "vorherrschenden kapitalistischen  
38 Verwertungslogik", wie sie die Ampel anstrebt.

39 Aber auch die vor allem vom "Realo"-Flügel propagierte Logik, dass das  
40 Verhandlungsergebnis insgesamt stimmen müsse und 'rote Linien' dafür schädlich

41 seien, blamiert sich an der Realität. Dies wollen wir neben der bereits  
42 ausgeführten ökologischen Frage an einigen weiteren Aspekten deutlich machen:

43 1. Wissenschaft.

44 Die Regierungskoalition möchte den Wissenschaftsstandort "wettbewerbsfähiger"  
45 machen. Dafür werde sie die "bewährte Exzellenzstrategie" an Hochschulen mit  
46 neuen Clustern weiterführen (während die Grundfinanzierung um nur 0,3 Prozent  
47 steigen soll, was noch nicht mal der Inflationsrate gerecht wird). Auch solle  
48 das "soziale Unternehmertum" an Hochschulen gefördert werden. Diese Maßnahmen  
49 treiben die konkurrenzbehaftete Neoliberalisierung der Hochschulen noch weiter  
50 als bisher voran - und sind somit nicht in Einklang mit unserem  
51 Grundsatzprogramm zu bringen. Dieses sieht "Wissenschaft und Forschung dem  
52 Gemeinwohl verpflichtet" wofür es eine ausreichende "Grundfinanzierung" als  
53 notwendig erachtet. Damit lehnt es "Profitinteressen" sowie  
54 "Wettbewerbsorientierung" im Zusammenhang mit Hochschulen ab.

55 2. Soziales.

56 Die Besitzenden können aufatmen: sie werden genauso geringe Steuern wie bisher  
57 zahlen, wodurch das Vermögen der Reichen immer weiterwächst. Währenddessen soll  
58 der Mindestlohn einmalig (um einen Euro mehr als ohnehin schon geplant war)  
59 steigen - und das auch erst ab dem Jahr 2022. Es sollen 400 000 neue Wohnungen  
60 gebaut - von denen nur 1/4 Sozialwohnungen sind, und der Rest für den freien  
61 Markt verfügbar gemacht wird. Das HartzIV-Konzept ändert sich nur minimal, trägt  
62 jetzt jedoch den hippen Namen "Bürgergeld". Das Pflegepersonal bekommt einen  
63 einmaligen Zuschuss - "höhere Löhne" sind zwar erwähnt, aber nicht wann und in  
64 welchen Dimensionen. Umverteilung/Enteignung mit dem Ziel einer "freie[n] und  
65 solidarische[n] Gesellschaft", wie wir sie anstreben, sieht anders aus!

66 3. Internationalismus.

67 Laut Koalitionsvertrag soll vorrangig eine »Rückführungsoffensive« (sprich:  
68 Abschiebungen) gestartet werden. Außerdem sei "reguläre Migration zu  
69 befürworten". Demnach wird Flucht nicht als "regulär", also als abzulehnen  
70 verortet. Eine offene, internationale "Willkommenskultur" sieht anders aus. Auch  
71 wolle man die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen sowie atomwaffenfähigen  
72 Kampfflugzeugen ermöglichen. Der Sicherheitsstaat Deutschland wird ausgebaut  
73 und somit solidarischen internationalen Kooperationen den Kampf angesagt.  
74 Dementgegen vertreten wir den Grundsatz, dass "eine Rückkehr zur Isolation und  
75 Nationalismus [...] lediglich von Problemen ab[lenkt] und [...] diese nur noch  
76 größer werden [lässt]". Stattdessen müsse "allen Menschen [...] die  
77 Mitgestaltung dieser Gesellschaft ermöglich[t]" werden.

78 An diesen ausgewählten Kritikpunkten wird bereits deutlich, dass vom Vorsatz der  
79 Ampel "das Land besser zu machen" (Scholz) der Großteil der Gesellschaft  
80 (national sowie international) nicht profitieren wird. Dabei wollen wir  
81 selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser auch manche  
82 kleinere Erfolge birgt (bspw. Wahlalter ab 16, Cannabis-Legalisierung,  
83 Abschaffung des Transsex.-Gesetz, Abschaffung §219a). Diese progressiven  
84 Elemente dürfen jedoch nicht dafür genutzt werden, die schädlichen Seiten der  
85 Koalition in den Hintergrund zu drängen. Was uns bleibt, ist also - genau wie zu  
86 Zeiten der GroKo - jeden kleinsten Unterdrückungsmechanismus der Regierenden zu

- 87 kritisieren und mögliche Alternativen zu diesen aufzuzeigen. In und mit diesem  
88 Vorhaben wollen wir auch "Bewegungen von unten" stützen!
- 89 [0] <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studie-klimaziele-ampel-101.html>

## Begründung

Begründung s. Antrag/folgt mündlich